



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Spartenübergreifende Kulturprojekte und Zusammenarbeit mit der Freien
Kunst-Szene
(Kap. 15 05 TG 83)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 15 05 wird die TG 83 (Spartenübergreifende Aktivitäten und Unterstützung der Freien Kunst-Szene) für das Jahr 2026 von 6.335,9 Tsd. Euro um 6.335,9 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

In Kap. 15 05 wird die TG 83 (Spartenübergreifende Aktivitäten und Unterstützung der Freien Kunst-Szene) für das Jahr 2027 von 6.335,9 Tsd. Euro um 6.335,9 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

In Kap. 15 05 entfällt der Haushaltsvermerk der TG 83.

In Kap. 15 05 wird der Tit. 683 83 gestrichen.

In Kap. 15 05 entfällt der Haushaltsvermerk des Tit. 812 83.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Aus den Mitteln für diese TG werden spartenübergreifende Kulturprojekte, Festivals und Veranstaltungen sowie Maßnahmen der Koordinierungsstelle Freie Szene im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst unterstützt. Wie der Name „Freie Szene“ schon erkennen lässt, definiert sich dieses Künstlermilieu als staatlich unabhängig. Die „Freie Szene“ sollte Wert auf ihre Unabhängigkeit legen und auf staatliche Einflussnahme mittels finanzieller Förderung verzichten. Viele staatlich geförderte Projekte der „Freien Szene“ geraten zunehmend in die politischen Prozesse, die ihnen eigentlich von Grund auf fremd sein sollten. Politische Stellungnahmen und Bekenntnisse sind dort mittlerweile an der Tagesordnung. Teilweise drängt sich der Eindruck auf, dass sich „freie Künstler“ genötigt fühlen, an Demos „Für Toleranz und Vielfalt“ teilzunehmen oder Woke-Themen in ihre Werke einzubauen, um so zügiger in den Genuss einer staatlichen Förderung zu gelangen. Es kann jedoch nicht die Aufgabe der Steuerzahler sein, unter dem Deckmantel einer angeblich freien Kunst parteipolitische Bekenntniskunst zu finanzieren. Das Ende dieses Förderinstruments wird der freien Kunst guttun.